

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Lüdenscheid, Untertauern, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur Werktag).
Bezugspreis: monatlich 8.00 Mark einsch. Postbelehrung
oder Bringerlobn.
Telefon Nr. 82. — Postgeschäftsamt 24915 Frankfurt a. M.

(Limburger Zeitung) Gegr. 1838 (Limburger Tageblatt)

Berantwortlicher Redakteur Hans Antes.
Druck und Verlag der Firma Salmischer Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die eingesparte 3-Millimeterzeile oder deren
Raum 50 Pf. Die 91 mm breite Reklamezeile 1.50 Pf.
Anzeigen-Ablaufnahme bis 4 Uhr nachmittags des Vorstages.

Nummer 84

Limburg, Mittwoch den 14. April 1920.

83. Jahrgang

Das Verfahren gegen Millerand.

Ein für die breitere Öffentlichkeit überraschender Wandel der Dinge hat aus dem französischen Ministerpräsidenten Millerand über Nacht aus einem zößen Sieger einen Angeklagten gemacht. Die Durchführung des Prozesses wird man in Deutschland und auch sonst in der Welt dem französischen Volk überlassen, das darüber sein Urteil fällen dürfte, wie die Haltung des Juristen für die französische Politik verantwortlichen leitenden Mannes einschätzt und würdigt. Über die Vorgehensweise und Entwicklung der französischen Aktion gegen Deutschland wird in den nächsten Tagen noch manches zu sagen sein, besonders wenn man näheren Aufschluß über die Gründe des englischen Vorgehens erhalten hat. Allerlei böse Erfahrungen veranlassen uns zu lebhaftestem Misstrauen, daß die berühmte Verbalnote Lloyd Georges etwa ausdrücklich um unserer schönen Augen willen ergangen sei, aber wir werden es sicherlich auch durchaus begrüßen, wenn sich tatsächlich herausstellen soll, daß man sich in England nun mehr entschlossen hat, der bisherigen französischen Deutschlandpolitik Einhalt zu gebieten. Die deutsche Regierung hat nun bekanntlich von sich aus und abseits solcher mehr allgemeinen Erwägungen zweierlei gegenüber dem französischen Völkerbund getan: sie hat nach dem formellen Protest Schadensersatzansprüche angemeldet, und sie hat ferner an den Generalstabschef des Völkerbundes, Sir Drummond das Erstbenannte gerichtet, den deutsch-französischen Streitfall dem Völkerbund zu unterbreiten. Wir wissen nun, daß der auf Grund der Verfaßter Akte geschaffene Völkerbund sehr wenig von dem hat, was wir uns unter einer solchen internationalen Institution vorstellen. Vor allem schon deshalb, weil Deutschland nicht zu seinen Mitgliedern zählt. Artikel 17 der Völkerbundakte sieht nur über die Grundlage auch für uns, den Völkerbund anzuordnen. Artikel 12 derselben Akte besagt, daß alle Mitglieder gehalten sind, Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen, die einen Bruch herbeiführen könnten, dem Schiedsgericht durch den Völkerbund zu unterbreiten. Frankreich hat sich mit seinem Vorgehen über diese Bedenkmöglichkeit aber glatt hinweggesetzt und hat damit gleichzeitig den Verfaßter Frieden gebrochen, der ausschließlich auf der Völkerbundakte aufgebaut und mit ihr begründet worden ist. Das nach ist die Situation also völlig klar und der Verfaßter Völkerbund ist auf Grund dieser Tatsachenlage von der Reichsregierung zum erstenmal vor eine Aufgabe gestellt worden, die keine Umgehung duldet. Man wird weder in London noch in Washington und Rom über das deutsche Ansuchen einstimmig zur Tagesordnung übergehen können, denn andernfalls würde man die Verfaßter Schadung des Völkerbundes gleich bei der ersten Gelegenheit unheilbar kompromittieren. Indem man aber dem deutschen Erstbenannten auftrigt, könnte man im Entwickelten gleichzeitig die hohe und für die ganze Welt bedeutsame Aufgabe erfüllen, die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland endlich auf eine gesunde und normale Grundlage zu stellen. Es ist schon unendlich oft gesagt worden, daß die kriegerische militärische Politik der Pariser Regierung in wachsendem Maße eine schwere Gefahr für Europa darstellt. Es wird höchste Zeit, dieser Gefahr ein Ende zu machen.

Widige Friedianze des Zwischenfalls.

Paris, 12. April. (WLB.) Haas meldet, der englische Botschafter habe die Antwort der englischen Regierung auf die lezte französische Note erhalten. Es habe den Anschein, daß der Zwischenfall damit seiner Ersiedigung entgegengehe.

Ablösung der Frankfurter Besatzung.

Paris, 12. April. (WLB.) Der Sonderberichterstatter des "Matin" in Mainz bestätigt, daß die 11. Division von Nancy die schwarzen Truppen in Frankfurt a. M. ablösen werde.

Die Räumung verschoben.

Paris, 13. April. (WLB.) Die Blätter hielten fest, der englische Botschafter Lord Derby habe sich gegenwärtig nochmals versichert, daß die Städte Darmstadt und Frankfurt zugleich mit den Städten Hanau, Dierburg und Dossburg geräumt würden und nicht etwa stasselweise. Des Räumung habe sich Lord Derby bestätigen lassen, daß die Räumung erfolge, sobald die über das August-Abkommen hinaus in das Ruhrgebiet einmarschierten Truppen die neutrale Zone verlassen hätten.

Der englisch-französische Meinungsaustausch.

Paris, 12. April. (WLB.) Wie eine Note der Agence Haas meldet, empfing Ministerpräsident Millerand gestern abend den englischen Botschafter Lord Derby und überreichte ihm die Antwort der französischen Regierung auf die lezte englische Note. "Petit Parisien" will wissen, der englische Botschafter habe den französischen Ministerpräsidenten gefragt, ob er sich nach San Remo zu begeben gedenkt. Millerand habe seine Antwort von der Ausnahme, die seine Note in England finden werde, abhängig gemacht; denn es sei von Interesse, daß der Zwischenfall belegt werde, bevor die Verhandlungen in San Remo beginnen. Im Grundsatz aber habe Millerand den 19. April als Datum der Zustimmung in San Remo angenommen. Dieser Meldung steht eine Nachricht des Londoner Korrespondenten des gleichen Blattes gegenüber, der von autorisierten Seiten erfahren haben will, die englische Regierung sei entschlossen, dem Obersten Rate in San Remo die Übung des Räumungsrates zu überlassen.

Der Inhalt der Notes.

London, 12. April. (WLB.) Das Deutsche Büro erzählt, daß die britische Antwort auf die französische Note erneut bestätigte, die britische Regierung sei fest entschlossen,

die Durchführung des Friedensvertrages mit Bezug auf die Abrüstung, Wiedergutmachung, Rohstofflieferungen und andere ähnliche Fragen in vollem Zusammenwirken mit den anderen Alliierten zu erzwingen. Die Note bemerkte jedoch, daß die australische Meinungsverschiedenheit mit Frankreich nicht die Durchführung des Friedensvertrages, sondern die Lage betreffe, die aus dem Ansuchen der deutschen Regierung, Truppen zur Herstellung der Ordnung in die neutrale Zone senden zu dürfen, entstanden sei. Es sei bekannt, daß die von anderen Alliierten geteilte Ansicht der britischen Regierung die war, daß dem Ansuchen stattgegeben würde, daß die Neutralität nach Ablauf der Zeitfrist wieder hergestellt würde. Die britische Regierung sei vollauf bereit gewesen, diese Bürgschaften zu erzwingen. Andererseits sei die französische Regierung der Ansicht gewesen, daß die deutschen Truppen die Erlaubnis, die neutrale Zone zu betreten, nur unter der Bedingung erhalten könnten, daß die Truppen der Alliierten zur Bezeugung deutscher Städte vorrücken. Dieser Politik hätten sich die Alliierten einstimmig widerstellt. Daraushin hätten die Franzosen beschlossen, unabhängig zu handeln. Es verlautet, daß die französische Antwort das unabhängige Vorgehen der Franzosen rechtfertige und erlaubt. Frankreich bestätigte, sofern keine Aktion zu unternehmen, zu der es nicht vorher die Zustimmung der Alliierten erhalten habe. Die britische Regierung sei jedoch der Ansicht, daß die Stärke und der Erfolg jedes Bündnisses von der Einmütigkeit der Aktion abhänge und daß in Anbetracht dessen, daß mit der Möglichkeit einer unabhängigen Aktion immer noch gerechnet zu werden scheint, die Voge noch gelöst werden müsse. Wie verlautet, werde, bis in diesem Punkte völlige Verhandlung erzielt sei, der britische Botschafter in Paris seinen Sitzungen der Konferenz zwecks gemeinsamer Beratungen über Maßnahmen bezüglich Deutschland beizutreten, da solche Konferenzen wertlos seien, solange einer der Alliierten unabhängig von den übrigen handele.

Eine belgische Sympathiekundgebung für Frankreich.

Brüssel, 12. April. (WLB.) In der belgischen Kammer wird angekündigt, der Beteiligung Belgiens an der Belebung deutscher Städte eine Motion eingebracht werden, die Anlaß zu einer Sympathiekundgebung gegenüber Frankreich geben wird.

Aus den Beratungen im Völkerbund.

Paris, 12. April. (WLB.) Der Rat des Völkerbundes lehnte in seiner gestrigen unter Leon Bourgeois abgehaltenen vierten Sitzung das ihm angebotene Mandat über Armenien ab und sprach die Ansicht aus, ein bestimmter Staat müsse den Schatz übernehmen. Es sei aber notwendig, vorher die militärischen und finanziellen Fragen zu regeln. Über den Schatz der Minderheiten in der Türkei will sich der Völkerbund endgültig erst aussprechen, wenn der Friedensvertrag mit der Türkei abgeschlossen ist. Dann würde einem Antrag stattgegeben, über die Kommunalwahlen in Danzig den Vorschlag des englischen Oberkommissars Sir Reginald Tower zu stimmen. Endlich ernannte der Völkerbund eine Persönlichkeit, die den Auftrag erhalten soll, die Verpflegung und den Rütteltransport der Kriegsgefangenen, die sich noch in Russland befinden, durchzuführen. Das "Journal" glaubt, daß der Vertrauensmann des Völkerbundes der norwegische Forstmann sei. Die nächste Sitzung des Völkerbundes findet im Mai in Rom statt.

Freilassung der entwaffneten Reichswehrtruppen durch die Engländer.

Berlin, 12. April. Die Wandschäfer melden: Die in den ersten Tagen des Kapp-Putsches aus dem Ruhrgebiet abgedrängten, von den Engländern entwaffneten tausend Mann Reichswehrtruppen unter Befehl des Generals von Gilsbach wurden gelern von den Engländern freigegeben und befinden sich auf dem Abtransport.

Die Niederschlagung der Unruhen im Reich.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Berlin, 12. April. Vom Oberbürgermeister Cuno in Hagen erhält die "Westfälische Zeitung" folgende Meldung: Im Wohlwissen Gevelsberg-Saerwien-Eversfeld und Remscheid ist die Entwaffnung in vollem Gange. Die Behörden arbeiten ungehört. Allerdings wird die Entwaffnung erschwert durch die vielen Flüchtlinge, die zum Teil von der Westfront der Roten Armee nach Barmen, Eversfeld und Remscheid geflossen sind, und weiter durch die vielen Flüchtlinge, die aus Angst vor dem Einmarsch der Reichswehr ihre Heimat verliehen. Ihre Rückkehr hat bereits angefangen. In Hagen sind alle Flüchtlinge wieder eingetroffen. Von der Hagenener Ortswehr wurden 1100 Hohenlimbürger, die mit Waffen zurückkehren wollten, entwaffnet. In Hagen allein sind 2000 Gewehre abgegeben, an Widerstand wird nicht gedacht. Ob freilich in Remscheid bei der großen Anzahl der Flüchtlinge, welche Verbrechen begangen haben, die Ordnung ohne militärisches Eingreifen aufrecht erhalten werden kann, kann ich nicht beurteilen. Bedenkt ist auch, daß in Barmen der Zentralrat und die Polizeiauswahlkommisssion noch tätig. In Hagen besteht die Gefahr darin, daß das Polizeipräsidium Köln Flüchtlinge in großer Zahl unangemeldet nach hier abschickt, meiste Unorganisierte, die einen wenig vertrauenerwürdigen Eindruck machen. Sicher ist es gelungen, sie weiter zu schieben. Sollte das Polizeipräsidium Köln größere Massen schieben, so muß Hagen militärischen Schutz für den Bahnhof beantragen.

Die Waffenablieferungen.

Dem "Berliner Volksblatt" wird aus Bochum gemeldet: Bislang sind in Bochum von 5000 Gewehren noch nicht ganze 2000 abgeliefert worden. In Essen ist der Stand noch ungünstiger. Dort sind von 8000 Gewehren bis jetzt nur 1000 Gewehre abgegeben worden.

Worms im Vogtland.

Leipzig, 12. April. (WLB.) Wie dem "Leipziger Tageblatt" von zuhörender Seite mitgeteilt wird, wurden einzelne Truppenteile von hier am Sonntag nach dem Vogtland in Marsch gesetzt. Die 19. Reichswehrbrigade erhält voraussichtlich heute Marschbefehl.

Dem "B. T." wird aus Braunschweig gemeldet: Bewaffnete Banden des Räuberhauptmanns Höls flüchteten vor den Reichswehrtruppen gegen die böhmische Grenze. Verschiedene kleinere Truppen der Hölschen Garde haben inzwischen die Grenze an anderen Stellen überschritten. Sie wurden von tschechischen Soldaten entwaffnet und interniert.

Bemühungen um eine friedliche Lösung.

Gera (Neuh.), 12. April. (WLB.) Zur friedlichen Beilegung der Unruhe des Höls in Teilen des Vogtlandes ließ der Aktionsausschuß für Gera an alle mitteldeutschen Aktionsausschüsse, die in Betracht kommenden Parteien und die Presse Einladungen zu einer Konferenz am 17. April im Genossenschaftsheim in Gera ergehen. Die Landesregierung von Neuh. richtete aus demselben Grunde Einladungen an alle in Frage kommenden Regierungen.

Dresden, 12. April. Sachsische zuständige Stellen führen die mittelbare Schuld für die Brandstiftungen der Hölschen Banden im Vogtland darauf zurück, daß das Auswärtige Amt die Beschwierung über die gegen Höls zu ergreifenden Maßnahmen nicht gewahrt hat. Man batte die Höls gegen das Vogtland ähnlich vorgehen, wie Möller seinerzeit gegen Leipzig. Jetzt will man unter allen Umständen unter größter Beschleunigung dem Treiben im Vogtland ein Ende machen. Beleidet werden die Maßnahmen gegen Höls von dem Generalleutnant von Stolzmann. Auch sächsische Truppen sind heute gegen das Vogtland angefeindet.

Höls am Überschreiten der Grenze gehindert.

Klingenthal, 12. April. (WLB.) Höls der gestern mit 200 Kriegsgefangenen hier anlang, verhandelt heute vorn mit dem Bürgermeister und dem tschechisch-slowakischen Grenzkommando über seinen Verbleib nach der Tschechisch-Slowakei. Die Verhandlungen verliefen sich. Höls forderte sämtliche Fabrikanten und Gewerbeleute zu einer Versammlung auf, um von ihnen Beiträge von je 50.000 bis 150.000 Mark zur Unterstützung der roten Garde zu fordern. Wie verlautet, soll ein Zeuge verlangen Höls bereits ausgehandelt worden sein. Wie die "Alder Zeitung" meldet, erhält Höls bei den Übergangsverhandlungen von der böhmischen Behörde den Bescheid, daß er als Internierter zu gelten habe und auf Verlangen Deutschlands ausgeliefert würde. Da es der Plan Höls ist, über Klingenthal und Elster ins Vogtland zu flüchten, wurden die Grenzwachen verstärkt. Von dem Übergangsamt der böhmischen Behörde wurde ein gewisser Schmitz aus Bad Elster festgenommen, der im Verdacht steht, mit Höls Verbindungen unterhalten zu haben. Der Verhaftete wurde am nächsten morgen von Grenzoldaten nach Sachsen zurückgebracht. Er erhält die Freiheit, nicht wieder nach Böhmen zurückzukehren.

Die Schaffung verfassungsmäßiger Zustände in Gotha.

Berlin, 12. April. (WLB.) Die Verhältnisse in Gotha haben es erforderlich erscheinen lassen, unter Verhängung des Ausnahmezustandes nach Sachsen-Gotha einen Reichskommissar zu entenden, der für die sächsische Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände Sorge tragen soll. Bereits vor dem Kapp-Putsch hatte die Regierung einen verfassungswidrigen und widerrechtlich zustande gekommen Beschluß des Gothaer Landtags zur Durchführung gebracht und die wiederholte Verfügung des Reichskommissars des Innern auf Unterlassung des verfassungswidrigen Vorgehens unbedingt gelassen. Während des Kapp-Pusches hat sie ihre Pflicht vernachlässigt und insbesondere auch ihre hauptaufsichtliche Beaufsichtigung verfassungswidrig auf den Volkstrug übertragen, ohne daß die Regierung eingestritten wäre, wurde in Gotha außerdem Reichseigentum im Wert von vielen Millionen zerstört. Die Abgeordneten aller Parteien, von der sozialdemokratischen bis zur deutschnationalen mit Ausnahme der Abgeordneten der Unabhängigen Partei, haben wegen der Verlegung der Beaufsichtigung durch die Regierung in Gotha ihr Mandat niedergelegt. Eine ordnungsmäßige Tagung des Landtages ist nicht möglich. Die von der Regierung verweigerten Neuwahlen müssen vorgenommen werden. Aufgabe des Reichskommissars soll es vor allem sein, mit möglichster Beschleunigung die Neuwahlen zum Landtag zu bilden werden kann.

Amtsenthebung von Putzsch.

Breslau, 12. April. Wie die "Breslauer Zeitung" meldet, ist auf Grund des vorliegenden Materials auf Antrag des Reichs- und Staatskommisars für Schlesien Dr. Rößler in Breslau wegen Beteiligung am Kapp-Putsch vom Oberpräsidenten folgenden Personen die weitere Amtsführung untersagt worden: dem Bürgermeister Pischel in Hundsfeld, dem Sanitätsrat Dr. Eich in Stroppen, dem Gemeindevorsteher Kießlich in Rosel, dem Ersten Bürgermeister Preuß und dem Zweiten Bürgermeister Rüdiger in Striegau, dem Landrat Grafen Limburg-Stephan in Neumarkt, ferner dem Regierungsrat v. Sacken in Breslau, und dem Kreisrat v. Woistowksi-Biedau, gegen den auch das Strafverfahren beantragt ist; vom Magistrat der Stadt Breslau dem Magistratsdirektor Zechner in Breslau.

Die Schließung der Berliner Börse.

Berlin, 12. April. (W.T.B.) Da wegen der südmährischen Protestundgebungen gegen die angekündigte Verordnung über die Beschlagnahme der ausländischen Effekten und die Festsetzung der Entschädigung auf Grund des Kurzes am 10. Januar 1920 ein geregelter Berlehr an der Börsedörre nicht stattfinden konnte, muhte die Börse am heutigen Tage geschlossen werden. — Auch in Frankfurt a. M. fanden am Montag laut Beschluss des Börsenvorstandes keine Notierungen statt. Die bereits abgeschlossenen Geschäfte, sowie die amtlichen Notierungen von Papieren wurden wieder als ungültig erklärt. Die Abendbörse fiel aus. Die Devisen werden notiert.

Die gewaltige Erregung an der Börse gründet sich auf die Tatsache, daß die Kurze der zur Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage zu beschlagnahmenden Auslandswerte seit dem Sichtage (10. Januar) bedeutend gestiegen sind. Ihre jetzigen Weihen also bei der Abgabe schweren Verluste erleiden würden. Inzwischen beruhigt eine offizielle Auslassung die Gemüter damit, daß es sich praktisch nur um die Auslieferung einiger weniger Werte handelt, deren Firmen — was vielfach übersehen worden ist — ihren Sitz im jetzt feindlichen Ausland haben.

Die Regierung hätte nach dem Wortlaut des Friedensvertrages die Gesamtbeschlagnahme aussprechen müssen. Sie werde aber später den Nachweis führen, daß der größte Teil der jetzt zur Beschlagnahme kommenden Werte nicht auf die Liste gehöre und werde dieselben alsbald wieder freigeben.

Zu den Reichstagswahlen.

Würzburg, 12. April. Der Deutsche Bauernbund, Abteilung Papier, hat beschlossen, für die kommenden Reichstagswahlen das Wahlbündnis mit der demokratischen Partei aufrechtzuhalten.

Noch eine neue antisemitische Partei.

Berlin, 12. April. Eine in den letzten Wochen neu gegründete Partei stellte sich heute in einer öffentlichen Versammlung mit ihrem Programm vor: die "Großdeutsche Freiheitspartei". Geheimrat Große hielt eine Rede. Schalt man aus ihr den Kern heraus, so befämpft seine Partei das Zinsproblem des Kapitals und will durch seine Abschaffung eine Entschuldung der Landwirtschaft und der Unabhängigkeit der Industrie vom internationalen Großkapital erreichen. Der Wert der Noten müsse nach russischem Beispiel tünlich hoch gehalten werden. Den eigentlichen Inhalt des Programms bildet aber der Antisemitismus, für den die Partei mit den Versprechen der Gewinnbeteiligung der Arbeiter und der Entschuldung der Landwirte auf den Fang ausgeht.

Die Hauptpreise der Sparprämienanleihe

Berlin, 12. April. (W.T.B.) Die vier Hauptgewinne von je einer Million Mark der Deutschen Spar-Prämien-Anleihe fielen in derziehung vom 27. März auf die Gruppe 1415 Nr. 250 Reihe a-d und die vier Hauptgewinne von je 500 000 Mark auf die Gruppe 1805 Nr. 67 Reihe a-d. Die Millionengewinne wurden an das Publizum durch die Preußische Staatsbank, Distonto-Gesellschaft, Dresdner Bank und Deutscher, Schidler und Co. abgegeben. Ein Treffer blieb in Berlin, während die drei andern nach den verschiedensten Gegenden Deutschlands fielen. Mit den vier Hauptgewinnen von je 500 000 Mark ist hauptsächlich Süddeutschland bedacht worden.

Die Zuständigkeit für Zeitungsverbote.

Berlin, 12. April. Nach den Abendblättern hat der Reichswehrminister bis zur allgemeinen Einführung der politischen Kommissare, die künftig den militärischen Befehlshabern zur Seite gestellt werden sollen, angeordnet, daß Zeitungsverbote und Zeitungseinschränkungen in jedem Falle ihm selbst vorzulegen sind.

Der internationale Wirtschaftskongress in Frankfurt.

Frankfurt, 12. April. (W.T.B.) Die Anmeldungen von Teilnehmern zum internationalen wirtschaftlichen Kongress am 1. und 2. Mai (während der zweiten Frankfurter Internationalen Messe) laufen recht zahlreich ein. Aus dem In- und Auslande werden führende Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens an den Beratungen, die in der Aula der Universität stattfinden, teilnehmen.

Ein Juristenstreit.

Beuthen (Oberschles.), 12. April. (W.T.B.) Anlässlich der Ausweisung des Ersten Staatsanwalts durch die

Entente streiten die hierigen Richter seit heute. Alle Termine wurden aufgehoben. Ebenso streiten alle mittleren und unteren Justizbeamten des Land- und Amtsgerichts Beuthen. Nach der "Oberschlesischen Zeitung" ist man mit den übrigen oberschlesischen Gerichten in Verbindung getreten, um einen allgemeinen Streit der Justizbeamten des ganzen Abstimmungsgebietes herbeizuführen.

Generalstreitdrohungen in Oberschlesien.

Leipzig, 12. April. (W.T.B.) Die oberschlesischen Angestelltenverbände beschlossen, wie die Zeitung "Wanderer" aus Rattowitz meldet, nachdem der Arbeitgeberverband der Scherindustrie den Schiedsentscheid des Gleiwitzer Schiedsgerichts vom 27. März abgelehnt hat, am 15. April den Generalstreit der 25 000 ihnen angehörenden Angestellten zu erklären, falls der Schiedsentscheid bis dahin nicht in Kraft getreten ist. Um diese Forderungen durchzusehen, wandten sich die Angestelltenverbände sowohl an die interalliierte Kommission wie an den Demobilisierungskommissar in Opeln. Gleichzeitig nahmen sie mit den Arbeiterverbänden Führung. Durch diesen Beschluss droht die Stilllegung von Großindustrie und Handel in Oberschlesien.

Das Unglück von Rothenstein.

Königsberg, i. Pr., 12. April. (W.T.B.) Im Leichenhaus waren Montag nachmittag 74 Tote eingeliefert. 20 Opfer sind an der Unglücksstelle Rothenstein bereits geborgen. Man befürchtet, daß noch eine ganze Reihe von Verunglückten aufgefunden wird, die zum Teil ausgegraben werden müssen. Zweifellos sind auch viele Verunglückte völlig zerstört.

Wieder ein Explosionsunglück.

Berlin, 12. April. Nach einer B. Z.-Meldung aus Böckum fand gestern auf der Zeche Brückstraße bei Langenbrett eine Explosion statt. Der Schiebemaster, dessen Schuh sie veranlaßte, wurde schwer verbrannt vor seiner Zündmaschine auf dem Kopf liegend, aufgefunden. Man zählt 14 Tote und 7 Schwerverletzte, von denen einer bereits gestorben ist. Die übrigen sind in Lebensgefahr. Weiterhin sind noch 19 leichtverletzte gemeldet.

Eine Wendung im Schicksal Danzigs?

Danzig, 12. April. (W.T.B.) Der Oberkommissar des Volksbundes, Reginald Tower, hat sich einem Vertreter der "Danziger Brüder" gegenüber zu den Forderungen über Danzig geäußert, die in der letzten Zeit die Öffentlichkeit beschäftigten. Obwohl der Oberkommissar die meisten jener Ausschreitungen in den Bereich der Fabel verwies, gab er doch die Möglichkeit zu, daß es mit der Freiheitsherrschaft Danzigs zu Ende sein könnte. Als Beauftragter der verbündeten Mächte sei er schließlich verpflichtet, zu berichten, daß bis jetzt nichts Rechtes aus der Bemühung herausgekommen sei, dem Weichselkreisstaat zu einem selbständigen, gedeihlichen Dasein zu verhelfen. Der Oberkommissar erklärte, er habe nichts dagegen, wenn der Inhalt der Unterredung bei den Danziger Bevölkerung bekannt werde.

Ausweisung der Deutschen aus Haïti.

Wie der "Berliner Volksanzeiger" meldet, hat die Regierung von Haïti ohne triftigen Grund und ohne gesetzliche Handhabe den in Haïti seit Jahrzehnten ansässigen Deutschen, etwa 80 an der Zahl, den Befehl gegeben, das Land in kürzer Frist zu verlassen. Als Grund wird angegeben, daß die Deutschen den letzten Negroaufstand vom 16. Januar 1920 finanziert und unterstellt hätten.

Ein deutsch-amerikanischer Zwischenfall?

Mülheim, a. Rh., 12. April. (W.T.B.) Einem Privattelegramm zufolge soll der vom Kriegsgericht in Wezel zum Tode verurteilte Demott, der angeblich amerikanischer Staatsangehöriger sein soll, im Gefängnis, in dem er untergebracht war, bei einem Fluchtversuch erschossen worden. Er beantragte das Russische Amt bei den zuständigen Stellen die umgehend eingeleitete Untersuchung des Vorfalls und die Nachprüfung des ihm vorangegangenen Urteils.

Die russisch-italienischen Verhandlungen.

Kowno, 12. April. (W.T.B.) Rötscherin teilt mit, daß Russland die Unabhängigkeit Litauens vorweg anerkenne, und sie nicht erst bei den Friedensverhandlungen erörtern werden.

Berlin, 12. April. (W.T.B.) Sofort nach dem Eintreffen der Nachricht, daß der vom Kriegsgericht in Wezel zum Tode verurteilte Demott, der amerikanischer Staatsangehöriger sein soll, im Gefängnis, wie mitgeteilt wird, bei einem Fluchtversuch erschossen worden. Er beantragte das Russische Amt bei den zuständigen Stellen die umgehend eingeleitete Untersuchung des Vorfalls und die Nachprüfung des ihm vorangegangenen Urteils.

Die russisch-italienischen Verhandlungen.

Kowno, 12. April. (W.T.B.) Rötscherin teilt mit, daß Russland die Unabhängigkeit Litauens vorweg anerkenne, und sie nicht erst bei den Friedensverhandlungen erörtern werden.

Mache Deine Seele frei!

Roman von Erich Ebenstein.

„Ich brauche Luft und Bewegung, ich habe zu lange still gesessen,“ sagte sie sich und anderen als Entschuldigung.

Aber jetzt, wo Mailott vom Reisen sprach, wurde es ihr klar: es war nicht Luft und Bewegung, das sie suchte, sondern einen zweiten Zufall, ein zweites Wiedersehen mit ihm.

Sie spielte mit einer Strähne ihres gelässigen Haars.

„Reisen — jetzt, Papa? Es ist so schön hier — und ich möchte doch gerne noch wegen des Baldes —“

„Du hast selbst gesagt, Serena: Wenn das Bild fertig ist, reisen wir!“ rief Mailott ungeduldig ein.

„Ja — aber —“

„Liebes Kind, man muß immer wissen, was man eigentlich will! Läunen, das ist weibliche Schwäche. Deiner untrügig! Oder hast du einen bestimmten Grund, jetzt noch in Wien bleiben zu wollen?“

„Nein.“

„Also! Dann reisen wir. Morgen gleich. Ich muß fort. Man verhindert sich ja hier — wirklich, Serena — ich mache mit täglich die bittersten Vorwürfe —“

„Worüber Papa?“

Er antwortete nicht gleich, sondern starrte gequält vor sich hin. Serena betrachtete ihn verstohlen. Ja, er litt wirklich. So vergrämmt und verfrochtet sah er aus, nicht mehr der mächtige Künstlerkopf, dem ein großer, starker Schmerz etwas Erhabenes verlieh, sondern ein guter, alter Mann, der mit sich selbst im Zwiespalt war.

Der Groß über seine scheinbar lorglose Hingabe an das neue, behagliche Leben erstarb in Wutleid. Dann zuckte ein kleines Zähne um Serenas Mund. Sie streichelte seine Hand und sagte:

„Ach, du bist ja selber gerne hier, Papa! Warum willst du denn durchaus fort?“

Sein Bild wurde noch düsterer. Ungestüm wehrte er mit der Hand ab.

„Gern hier? Ja — das ist's eben. Das Schmähvolle . . . nichts ist der Mensch, als ein jammervolles Ge-

wolle, daß es ferner wegen der Grenzen Litauens, die von der litauischen Regierung aufgestellte ethnologische Grundlage annehme und hinsichtlich der Städte Wilna und Grodno den litauischen Standpunkt teile. Wegen des Ortes der Friedensverhandlungen wolle es jeden Vorschlag Litauens in Erwägung ziehen.

Wiederkehr der Muhe in Jerusalem.

Amsterdam, 12. April. (W.T.B.) Die "Times" berichtet aus Jerusalem, daß dort der Belagerungszustand erklart worden ist. Die Radelsführer der jüngsten Unruhen sind verhaftet worden. Die Stadt ist ruhig. Die Börse und andere Geschäfte sind wieder geöffnet. Bei den jüngsten Zusammenstößen wurden fünf Juden und vier Moslems getötet, 211 Juden, 22 Moslems und 2 Christen verletzt worden.

Neue Staatenbildung in Mittelamerika.

New York, 12. April. (W.T.B.) Der mexikanische Staat Sonora hat seine Selbständigkeit erklärt. Der Staat Sinaloa hat sich ihm angeschlossen, um dem Einmarsch der Truppen des Generals Carranza Widerstand entgegenzusetzen.

Neue Erkrankung Wilsons.

Paris, 12. April. (W.T.B.) Havas meldet aus London unter dem 12. April: Die Daily Mail glaubt zu wissen, daß Präsident Wilson habe einen Rückfall erlitten. Nach einer Nachricht der Times aus New York sind die Nachrichten über den Gesundheitszustand des Präsidenten unzutreffend.

Hag, 12. April. (W.T.B.) Der "Nieuwe Courant" meldet aus New York: Es geht das Gericht, daß der Präsident gesundheitlich zusammengebrochen sei. Die unrichtigen Mitteilungen seitens des Weißen Hauses scheinen dies zu bestätigen. Der Präsident hat seine täglichen Autofahrten unterbrochen. Desgleichen wird gemeldet, daß er sich in den letzten zehn Tagen nicht mit Fragen befaßt habe und das Bett hüten müsse.

Japanische Absichten in Sibirien.

Kopenhagen, 11. April. Eine in Paris erschienene amerikanische Zeitung verbreitet die Mitteilung, daß Japan den Krieg an Sowjetrußland erläutert habe. Diese Meldung ist zum mindestens verübt. Wie die japanische Gesellschaft in Stockholm mitteilt, beabsichtigt die japanische Regierung ursprünglich ihre Truppen aus Sibirien zurückzuziehen sobald die tschechoslowakischen Truppen Sibirien verlassen würden. Jedoch müsse Japan, das infolge seiner geographischen Lage einen ganz anderen Standpunkt einnehmen müssen als die anderen Mächte, mit der Räumung Sibiriens warten, bis alle Besorgnisse betreffs Koreas und der Mandschurei befriedigt seien.

Ein japanisch-bolschewistisches Gesetz.

Amsterdam, 12. April. (W.T.B.) Die "Times" meldet aus Tokio, daß es in Charkowost zu Gefechten zwischen Japanern und bolschewistischen Truppen gekommen ist, wobei auf japanischer Seite 6 Soldaten, 5 Offiziere und 79 Mann fielen. Die Russen hatten 400 Toten.

Deutsche Nationalversammlung.

Sitzung vom 12. April 1920.

Haus und Tribünen sind gut besucht. Präsident Fechtenschach erhält die Sitzung um 3.30 Uhr und teilt zunächst mit, daß ein Telegramm des Abgeordneten Ulrich eingelaufen sei, daß die Abgeordneten aus Oberschlesien von der Entente an der Ausübung ihres Mandats gehindert werden. (Hört, hört! Unerhört!) Ein gleiches Telegramm ist vom Abgeordneten Hartmann eingegangen.

Gegen diesen unerhörten Eingriff der Entente in die Rechte des deutschen Volkes lege ich den allerstärksten Protest ein und bitte die Regierung, sofort die nötigen Schritte zu tun. (Beifall.)

Der Präsident teilt seiner mit, daß die Nationalversammlung voraussichtlich bis nächste Woche tagen werde. Die Ausschüsse möchten daher ihre Arbeiten beenden.

„Ich nicht, Papa!“

„Serena!“

„Nein — ich nicht!“

„Dann“ — er warf ihr einen wilden Blick zu — „dann geh ich allen zurück nach San Pietro d'Oro — zu deiner Mutter! Was soll ich ihr sagen, wenn sie mich nach dir fragt?“

„Serena sag ihm weich an.“

„Du wirst sie nicht mehr dort finden, Pa. Und wenn dann wird sie dir sagen, daß du zurückkehren sollst zu ihrem Kinde, daß du genug gelitten hast und daß es nicht Sünde ist, wenn du nach einer verfehlten Jugend das gleiche Frieden und Behagen annehmen, das das Leben deines Alters noch schenken will.“

Mailott schüttelte eigenständig den Kopf und verließ summend das Zimmer.

Die ganze Nacht verbrachte er mit Räden und zusätzlichen Auf- und Niederdämmern. Am Morgen reiste er zügig ab, ohne daß Serena oder Mila noch einen Versuch machten, ihn zu halten.

14.

Eines Morgens — Serena war eben von einem Wegenpaziergang aus dem Prater heimgekehrt — fand sie ein Telegramm aus München vor.

Es war vom Ausstellungskomitee und enthielt die Nachricht, daß ihr Bild "Schiffbruch" mit dem vollen geforderten Preis verkauft sei. Ein Wiener Kunstreisende habe es erworben mit der Bedingung, das Bild sofort ausgeföhrt zu erhalten, da er es in der eben eröffneten Wiener Ausstellung dem dortigen Publikum vorführen wolle.

Mila, die vor ihrer Staffelei lag, warf, als sie das Telegramm gelesen hatte, Pinsel und Palette fort und rannte in ausgelassener Freude herum.

„Nein, die Freude! So jubeln Sie doch, Serena! das erste Bild und gleich verkaufen! Tausend Mark! Nun hängt es hier in der Ausstellung mit dem Bild „verkauft“ und alle Welt wird es bewundern. Das ist ein Eindruck machen! Passen Sie auf, nächstens regen Bestellungen — das große Glück ist da!“

(Fortsetzung folgt.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entgegnahme einer Erklärung der Regierung.

Reichsanwalt Müller: Der Präsident hat soeben mit Riedt protest erhoben gegen das völkerrechtswidrige Verhalten der Entente. Technische Wiedungen liegen aus Majoren vor. Die Regierung wird energisch dagegen vorgehen. Dem übermächtigen französischen Militarismus können wir nichts entgegenziehen, als unser gutes Recht. Senegalneiger liegen in der Frankfurter Universität, die Tricolore flattert über dem Mainz. Der Rapp-Putsch war eine Offizier-Revolte. Die Reichswehr hat das Vertrauen bei der Arbeiterschaft verloren. Die Arbeiterschaft des Ruhrreviers konnte nicht mehr zulassen, ob sie verfassungstreue oder reaktionäre Truppen sich gegenüber hielten. Das ist die Schuld der Rappplage. (Widerspruch und Lachen rechts). Ohne Rapp kein Generalstreit, ohne diesen keine rote Armee im Ruhrrevier. Die Arbeiterschaft ist zu ihrer Arbeit zurückgekehrt, aber der Janusgott des ganzen Ruhrreviers macht sich die Situation zu Nutzen. Dagegen musste die Regierung einschreiten und so marschierte die Reichswehr ein. Selbst die Unabhängigen forderten den Einmarsch. Wir wollen die Reichswehr nur da einsetzen, wo es unbedingt notwendig ist. Die Opfer der Reichswehr betragen rund 600 Röpfe. Dies sollte sie vor Vorwürfen schützen. Solange es noch eine Möglichkeit der friedlichen Verständigung gab, mussten wir zuwarten. Aber als alle den Einmarsch verlangten, mussten wir vorgehen oder abdanken. Wir mussten einmarschieren, ohne die Einwilligung Frankreichs erlangt zu haben, das die Aktion für unnötig und gefährlich erklärte. Die Notwendigkeit zu beurteilen war Sache der deutschen Regierung. (Beifall). Frankreich hatte den Platz, sich durch unser Vorgehen in seiner geographischen Lage bedroht zu fühlen, trotzdem die 19 000 Mann in der neutralen Zone gegenüber der massenkarrierten Besatzungsarmee fast verschwunden. Wir haben eine formelle Unterlassung begangen. Den Weltfrieden haben wir nicht bedroht. Wir erheben gegen die französische Regierung Anklage, den Verfailler Vertrag verletzt und den Böllerbund, noch ehe er in Kraft trat, um jeden Kredit gebraucht zu haben. Die französische Rolle wurde uns in Paris drei Stunden nach dem Einmarsch in Frankfurt übergeben. Die militärische Vergewaltigung Deutschlands ist eine Verständigung gegen Europa wie gegen das französische und das deutsche Volk. Krieg oder Frieden! Ein drittes gibt es nicht, wenn nicht Anarchie alles verhindern soll. England und Russland scheinen das einzusehen. Allerdings würde es naiv sein daraus zu schließen, daß der Bestand der Entente gefährdet sei. Wir wollen die Waffen im Privatbesitz im Ruhrgebiet einsammeln. Frankreich hindert uns daran. Die Einwohnerwehr, die keine militärische Organisation sind, richten sich gegen die Plünderung, gegen die Anarchie. Die Regierung hätte mit den Ländern über die Auflösung der Einwohnerwehren nur verhandelt auf Grund der Entente, nicht auf Grund der Gewerkschaften. Eine Nebenregierung der Gewerkschaften lehne ich ab. (Beifall). Mitregieren kann nur der, der die Verantwortung übernimmt. Die Gewerkschaften hatten seinerseits Forderungen ultimativen Charakters gestellt. Allerdings legte ich größten Wert darauf, die Wünsche der organisierten Arbeiterschaft zu hören. Nach dem Sturz der Machtpolitiker wird das deutsche Volk eine Demokratie sein oder es wird nicht sein. Das Duell Frankreich-Deutschland muß aufhören. Frankfurt, das Herz Europas, ist getroffen. Ehe Frankfurt nicht frei ist, werden alle schönen Worte der Verständigung verhüllt. Frankfurt hat alle nationalistischen Instinkte wieder erweckt. Die Nationalisten aller Völker leisten sich die besten Dienste. Rapp oder Koch! Wir erlauben dem Militarismus kein Zurückkehren. Die militärische Aktion im Ruhrgebiet geht ihrem Ende entgegen, damit wird hoffentlich auch die Begehung des Mainz am Ende erreichen. Wir wollen ablehnen von allen Kriegsanstrengungen und allen Kriegsmitteln. (Beifall).

Präsident Fehrenbach schlägt vor, in die Erörterung morgen einzutreten und die übrigen Gegenstände von der Tagesordnung abzusehen. Morgen: Anfragen, Befreiung der Erklärung der Regierung u. a.

Schluss nach 4 Uhr.

Lokaler und vermischt Cen.

Limburg, 14. April 1920.

Personalie. Postchefrat Schmalz von hier ist vom 1. April ab als Postmeister nach Losau (Oberschlesien) abgezogen.

Eine Erhöhung des Brotpreises steht, wie auf Anfrage bei dem Kreiswirtschaftsamt erfahren, in Aussicht. In ihrer gestrigen Sitzung hat die Erhöhungskommission die Erhöhung des Preises von 2,05 Mark auf 2,30 Mark beschlossen. Die Bestätigung durch den Kreiswirtschaftsrat als sicher angegeben werden.

Eine öffentliche Wählerversammlung ist von der sozialdemokratischen Partei auf Donnerstag abend in die "Alte Post" einberufen worden. Frau Abgeordnete Röhle, Mitglied der sächsischen Landesversammlung wird über die kommenden Wahlen sprechen.

Der sinkende Schmalzpreis. Der Mainz schreibt: Der Preis für Schmalz stehe sich weiter abgeschwächten. Nachdem Mette der Woche bereits 20,50 Mark für reines Schmalz erreicht war, kostet am Wochenende der Hundpreis im kleinen auf 20 Mark. Am heutigen Montag wird es bereits für 19 Mark verlaufen.

Die Theaterkarten für die Aufführung der "Dilettanten", die durch den Rapp-Putsch vertragt werden müssten, können nun, da die Aufführung auch für die nächste Woche nicht zu erwarten ist, in der Gaggenbandung Gebr. Bäuböck am Kornmarkt wieder eingelöst werden.

Mainz, 12. April. (Rohlenräuber am Rhein.) Auf dem Rhein hat sich das Liebsumwesen auf vor Anker liegenden Schiffen zu einem reinen Piratenzustand ausgeweitet. So wurden dieser Tage zwei am Kornmarkt bei Rhein anlandende Rödelnschiffe nachts von einer ganzen Raubfamilie überfallen und ausgeplündert. Es wurden von den Schiffen 800 Zentner Kohlen und 100 Zentner Rödeln gehoben. Von den Tätern konnten fünfzehn festgenommen werden, ebenso acht Helfer. Die gestohlenen Rödeln wurden zum Teil wieder beigebracht.

Rom, 12. April. (W.T.B.) Nach einem Volksfest, welches am Sonntag auf dem Kapuzinerhügel stattfand, kam es zu einer unbekannter Ursache zu einer Panik. Zahlreiche Landesbewohner, die das Fest besuchten, fielen eine Mauer hinunter. Es kamen sechs Tote und zahlreiche Verwundete.

Gerichtsraum.

Strafkammerverhandlung vom 12. April. 1. Richter schied aus die schrift Ebene vertrat ist der 18-jährige Arbeiter Wilhelm Höwann aus Hainchen. Dieser entwendete im Herbst 1918 seinem Vater, der ihn aus dem Hause gewiesen hatte, 250 Mark in bar, ein Sparkassenbuch über 2500 M. einen Anzug, einen Überzieher, 1 Paar Stiefel und dergl. mehr. Die Sachen verkaufte er und verjubelte das Geld. Heute verzweigte der Vater seine Aussage. Das Urteil lautete auf 3 Monate Gefängnis. 2. Der Maschinenbautechniker Ernst Berger in Weilburg hatte einem dortigen Weinbäcker 30 Flaschen Wein gekauft. Die Tat büßt er mit 1 Monat Gefängnis. 3. Die 16-jährige Dienstmagd Minna Störkel aus Ahausen hatte ihrer Dienstherrin in Weilburg aus einem verschlossenen Schreibtisch 200 M. entwendet. Urteil 2 Monate Gefängnis. 4. Das Schöffengericht in Weilburg hatte den Korbstecker Heinrich Höhne aus Oberleben zu 200 M. Geldstrafe verurteilt, weil er ein Kind gekauft hatte und dieses an einen Unbekannten weiter verkaufte ohne dies anzugeben. Da angenommen ist, daß das Kind schwarz geschlachtet ist, legte der Anwalt Berufung ein. Die Strafkammer erhöhte die Strafe auf 1000 Mark Geldstrafe.

Amtlicher Cen.

(Nr. 84 vom 14. April 1920.)

Verordnung.

Ich hebe mit Zustimmung der Regierungskommission, Oberpräsident Dr. Schwander und Minister Dr. Fulda, meine Verordnung vom 13. März 1920 und die nur im Gebiet des Freistaates Hessen veröffentlicht vom 15. März 1920 über den verhältnissten Ausnahmestand ohne die unten nochmal veröffentlichten Bestimmungen auf. Ich erwarte dabei, daß die Bevölkerung keinen Anlaß zu einem erneuten, verschärften Einschreiten geben wird.

In Kraft bleibt der durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 für das gesamte Reichsgebiet verhängte Ausnahmestand in seiner milderen Form.

Bon den hierzu von mir erlassenen Verordnungen hat lediglich die zur Bekämpfung des Schlechthandels vom 26. Februar 1920 noch Gültigkeit.

Außerdem bleiben für die Stadt Kassel die in meiner Bekanntmachung vom 18. März 1920 verfügten Beschränkungen bestehen, soweit sie nicht inzwischen gemildert worden sind.

Kassel, den 24. März 1920.

Reichswehrbrigade 11.

Der Militärbefehlshaber, ges. von Stolzmann. Generalleutnant und Inhaber der vollziehenden Gewalt, Abt. 1a, Nr. 98 ge f.

Die im Kraft bleibenden Bestimmungen der Verordnungen vom 13. und 15. März 1920

lauten:

1. Kraftwagen, Kraftträder und Betriebsstoffe für diese können von den Befehlshabern beschlagnahmt werden, soweit es für ein Eingreifen zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig erscheint.
2. Die staatlichen Verwaltungs- und staatlichen Polizeibehörden sind berechtigt, Versammlungen zu verbieten.
3. Haussuchungen und Verhaftungen können von den zuständigen Militär- und Zivilbehörden ohne Beschränkung vorgenommen werden. Den Offizieren und Offizierdienstbüroverleihen ich die Rechte von Polizeibeamten und Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.
4. Bezuglio. Waffenträger, Betreter der Straßen und Ansammlungen auf Straßen treffen die militärischen Befehlshaber im Einvernehmen mit den zuständigen staatlichen Verwaltungs- und staatlichen Polizeibehörden die erforderlichen Einschränkungen für ihre Bezirke.
5. Zunahmen gegen die vorstehenden Anordnungen und die Bestimmungen des Befehlshabers, sowie die Aufforderung und Anzeigung dazu werden, soweit nicht höhere Strafen verübt sind, mit Gefängnis, Haft oder Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft.

Wird veröffentlicht.

Limburg, den 9. April 1920.

Der Landrat. Schellen.

2. 1106

Bestimmung.

Die Herren Bürgermeister des Kreises erlaube ich, am Freitag, den 16. d. Mts.

auf Zimmer 16 des Kreisamtsgebäudes von 9 bis 12 Uhr vormittags die Brotpauskarten abholen zu lassen.

Die Zeit ist bestimmt einzuhalten, da um 12 Uhr sämtliche Büros geschlossen werden und somit eine Ausgabe nicht mehr erfolgen kann.

Ich mache jetzt schon darauf aufmerksam, daß die Karten von dem Abholer hier nadgeschäfft werden müssen und spätere Reklamationen nicht mehr verübt werden. Bezüglich der Ausgabe der Brotpauskarten verweise ich nochmals auf meine Kreisblattbekanntmachung vom 19. März d. J. (Kreisblatt Nr. 68). Mit den Zusatzkarten werden gleichzeitig die Fleischkarten verausgabt.

Limburg, den 13. April 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
(Schluß des amtlichen Teils.)

Natürliches 4/44
Ober-Selterser Mineralwasser
! Arztl. empfohlen!
bei Grippe, Magen- und Darmkrankungen,
Störungen der Atmungsorgane usw.

Schwämme, Fensterleder
Bade-, Kinder-, Fenster-, Wagen- und
Tafelschwämme billigst.

Kleinverkauf. J. Schupp Grossverkauf.
Seilerei. Tel. 277. Limburg, Frankfurterstr. 15. Tel. 277.

Bekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.

Bekanntmachung

betr. Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. September 1918 (R. G. Bl. S. 1143) und des § 5a der Mietrechtsverordnung vom 22. Juni 1919 (R. G. Bl. S. 591) wird mit Zustimmung des Regierungspräsidenten in Kassel folgende Anordnung für den Stadtbezirk Limburg getroffen:

§ 1.

Die über eine Wohnung verfügbaren Personen haben dem Wohnungsmamt auf Erfordern die Zahl, Lage und Größe der Zimmer, sowie die Anzahl der Personen ihres Haushaltes anzugeben.

§ 2.

Die Anordnungen der §§ 5 und 6 der Anordnung des Magistrats vom 12. 8. 1919 werden ausgedehnt auf bestimmte Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst-, Geschäfts- und sonstige derartige Räume, ferner auf gewöhnlich ausgenutzte Gasträume in Hotels, Pensionen und dergl. Hinsichtlich solcher benutzter Räume ist nur die Auskunfts- und Besichtigungspflicht gemäß § 4b der vorerwähnten Anordnung zulässig.

§ 3.

Als unbewohnt gilt auch eine eingerichtete Wohnung, die von dem Verfügungsberechtigten deshalb nicht dauernd benutzt wird, weil er innerhalb oder außerhalb des Gemeindebezirks noch eine andere Wohnung, nämlich seine Hauptwohnung besitzt. Jeder, der mehrere Wohnungen besitzt, hat hieron unverzüglich dem Magistrat (Wohnungsmamt) Anzeige zu erstatten und dabei anzugeben, welche Wohnung als seine Hauptwohnung anzusehen ist, die er zu behalten wünscht.

§ 4.

Die Unter Vermietung von Wohnungen und Wohnungsteilen, sowie die Vermietung möblierter Wohnungen durch die Hausbesitzer oder sonstige dinglich Berechtigte unterliegt vom Tage der Veröffentlichung dieser Anordnung ab der Genehmigung des Wohnungsmamtes. Im Falle der Verzägung der Genehmigung ist die Beschwerde an das Mieteneigungsamt binnen einer Woche zulässig.

§ 5.

Die Vermieter von Wohn- und Geschäftsräumen, Büros, Läden und Werkstätten können einen Mietvertrag sowohl mit neuen Mietern, als auch mit alten, soweit mit diesen eine Preisesteigerung vereinbart wird, rechtswirksam nur mit Zustimmung des Magistrats (Wohnungsmamt) eingehen. Die Zustimmung kann nur aus Gründen versagt werden, welche in den Bestimmungen des Mietvertrages liegen, nicht aus dem Grunde um den Zugang zu verhindern.

Die Gründe der Verzägung der Zustimmung sind den Parteien mitzuteilen.

Im Falle der Verzägung der Zustimmung ist die Beschwerde an das Mieteneigungsamt binnen einer Woche zulässig.

§ 6.

Die Hausbesitzer oder ihre Stellvertreter haben jede Wohnung innerhalb 3 Tagen, nachdem diese gekündigt ist oder feststeht, daß sie aus einem sonstigen Grunde zu einem bestimmten Termin von dem bisherigen Wohnungsbewohner verlassen wird, dem städtischen Wohnungsmamt anzugeben. Bis zum 15. Juli 1920 darf der Verfügungsberechtigte über die Wohnräume vorstehend bezeichnete Art erst verfügen, nachdem der Magistrat (Wohnungsmamt) erklärt hat, daß er einen Wohnungsbewohner gemäß § 5 der Anordnung vom 12. August 1919 für die Wohnung dem Vermieter nicht zuweisen will oder eine Woche seit erfolgter Anzeige verstrichen ist, ohne daß der Magistrat (Wohnungsmamt) sich erklärt hat. Dieser Vorschrift zuwider abgeschlossene Mietverträge sind rechtsungültig.

§ 7.

Bermieter, die diesen Vorschriften zuwiderhandeln, unterliegen der im § 10 der Wohnungsmangelverordnung vom 23. September 1918 festgesetzten Strafe.

§ 8.

Die Anordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Limburg, den 11. April 1920.

3/4

Der Magistrat.

Obersölderei Hahnsättchen.

Mittwoch den 21. April in Burgschwalbach, Gasthaus "Deutsches Haus" von 10 Uhr an. Obersölderei Hahnsättchen und Baurod, Distr. 32 Lindenscheid und 35 Ziegenhain. Eiche: ca. 100 Km. Ruprollen 2,4 m lang, 104 Km. Brennholz und Knüppel, 175 Km. Reiser. Buche: ca. 30 Km. Scheit und Knüppel, 284 Km. Reiser Weichholz: 8 Km. Derbholz Nadelholz: 4 Stangen 1.—3 Kl., 9 Km. Brennholzholz.

Händler werden beim Bitten auf Brennholz nicht zu gelassen.

APOLLO-THEATER.

Von Mittwoch den 14. bis Freitag den 16. 4.
von 6 Uhr:

Die Stunde der Rache

Lebensschicksale unerfahrener Mädchen.
1104

Es wird gebeten, das Geld abgezählt bereit zu halten.

Jugendliche unter 17 Jahren haben keinen Zutritt

Färberei und Chem. Reinigungsanstalt
Heinrich Wagner Nachf.,
Limburg a. d. L., Telefon 94
Annahmestellen: Frankfurterstr. 31,
Frankfurterstr. 37, Eschhöferweg 6.

Sämtliche Aufträge werden schnellstens ausgeführt. — Trauersachen in 2 bis 3 Tagen.

färbt

Herren-, Damen- und Kindergarderobe
getrennt und unzertrennt.
Stoffe jeden Gewebes, Plüsch, Möbel-
stoffe, Woll- und Baumwollgarne,
Leinen, Gardinen usw. in den
halbbarsten und modernsten Farben,

reinigt

Herren-, Damen- und Kindergarderobe
jeder Art,
Teppiche, Gardinen, Handschuhe,
Bettfedern usw.
Aufdümpfen von Sammet-Kostümen,
Aufbügeln von Herren- und Damen-
Garderobe
10/68

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
während der Krankheit und bei der Beerdigung
unseres lieben Entschlafenen; Herrn

Paul Münz

sowie für die vielen Kranzspenden und gestifteten
hl. Messen danken herzlichst. Besonders Dank dem
Krieger-Veteranen-Verein "Teutonia" für die Betei-
ligung an der Beerdigung und dem Personal der Firma
Münz & Brühl für die erwiesene herzliche Teilnahme.

Bernh. Lahnstein u. Anverwandte.

LIMBURG a. d. L., den 13. April 1920. 6/84

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an
dem schweren Verlust unserer lieben Entschlafenen,
insbesondere für die trostreichen Worte des Herrn
Bartels Grün am Grabe und für die liebvolle
Bereitwilligkeit der ehren. Schwestern vom Kloster
Marienborn sagen wir auf diesem Wege unsern
innigsten Dank. 8/84

Hermann Jacob u. seine Angehörige.

Limburg, den 13. April 1920.

Turnverein E. V.

An der am **Donnerstag**, den 15. d. Ms.
nachmittags 4 Uhr von Schamburgerstraße 8
aus stattfindenden Beerdigung unseres Mitgliedes

Josef Roos

bitten wir unsere Mitglieder um zahlreiche Be-
teiligung. Antreten 3 1/2 Uhr an der Turnhalle.
15/84

Der Vorstand.

Zirkus-Wanderschau RUDOLFO

Limburg,
Lagerplatz Diener, Neben Gasanstalt.
2-Master-Zelt-Unternehmen 1. Ranges.

Gala-Eröffnung: Freitag, 16. April, abends 8 Uhr

mit einem für Limburg von keinem Unternehmer
gebotenen Gross-Stadt-Programm u. a.:

Prinzessin Ssahit Nadschara,
die indische Schönheit, mit ihren Elefanten,
Kamelen, Araberpferden, Indiern, der beste
Dressur-Akt der Gegenwart, zuletzt 5 Monate
im Zirkus Busch-Berlin.

Se Nuils Chinesen,

sowie vieles mehr!

Trotz grosser Unkosten ein Friedensprogramm.

Loge Mk. 10., Sperrsitze Mk. 8., 1. Platz Mk. 6.,
II. Platz Mk. 4., Galerie Mk. 2.

Vorverkauf Zigarrenhaus Labonté, Kornmarkt 5.

Kino. Heim. 10.

Mittwoch, Donnerstag,
Freitag:

Das Millionen- mädel.

Lustspiel in 4 Akten mit
Ossi Oswalda.

Jugendlichen unter 17 Jahren
ist der Eintritt strengstens
unterfragt 7/84

Eingang nur Neumarkt.

Mittwoch eintreffend:

Fröhliche Seejäger
Ed. Trombetta Nachf.

9/84 Parfümerstr. 6.

Eine
Zuhfrau
gesucht 6/82

Westheimer & Co.

Ein **Kinderwagen**, gut
erhalten und dauerhaft, zu
verkaufen. 10/84

Wo, sagt die Exped. d. Bl.

Gegen Weide- u. Stall-Diebstahl

sowie alle Verluste durch Blitzschlag, Unglücks- u. Todesfälle,
Abschlechtung auf der Weide versichert man vorteilhaft
bei der

gegründet 1888 „Halensia“ 1888

Vieh-Versicherungsgesellschaft a. G. zu Halle a. S.

Feste Prämien! — Keine Nachzahlungen!

80% Entschädigung!

Bisher weit über 6 Millionen Mark entschädigt.

Zahlreiche Empfehlungen von allen Seiten.

Vertragsgesellschaft mehrerer Landwirtschaftskammern.

Ferner Vieh-Versicherungen aller Art.

Auskünfte und Besuch kostenlos.

Man wende sich an die

Subdirektion Köln, Hans Walther,

Zülpicher Platz 7. Fernsprecher: A 8496.

Weitere Vertreter und Beauftragte überall gesucht.

Herren-, Damen- und Kindergarderobe
jeder Art,
Teppiche, Gardinen, Handschuhe,
Bettfedern usw.
Aufdümpfen von Sammet-Kostümen,
Aufbügeln von Herren- und Damen-
Garderobe
10/68

Donnerstag abend 8 Uhr in d. Alten Post öffentl. Volksversammlung.

Referent: **Frau Röhle**, Mitglied der sächsischen Landesversammlung.

Thema: „Die bevorstehenden Wahlen“.

Freie Aussprache.

Die 6 vorderen Stühle sind für Frauen reserviert.

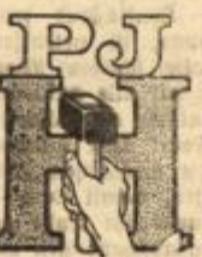
Sozialdemokratische Partei.

Sämtliche

Artikel zum Hausputz.

Mottenschutzmittel.

Pet. Jos.



Farben,
Drogen,
Material-
waren.

LIMBURG.

Hammerschlag.

Fernruf 60.

... Gegründet 1843.

20 bis 30 Gr.

Dickwurst

hat noch abzugeben
Joh. Karl Girm

4/84 Mensfelden.



Schablonen

moderne Zeichnungen,
für Maler u. Anstreicher.

Ia. Deckenbürsten

Ia. Weisspinsel

Ia. Oelbleiweiß, rein

Ia. Oelweiß für Innen und Außen

Ia. Lithoponweiß

Ia. Emaillelack weiß

Ia. Möbellacke

Ia. Terpentin, Siecatif

sowie

sämtl. Farbwaren und Pinsel

empfiehlt das Farbengeschäft

J. Arnet Nachf.

(Inh. Max Büdel).

Limburg (Lahn) Telefon 211.

Lehrverträge

zu haben in der
Kreisblatt-Druckerei